

PRESSEMITTEILUNG

Kommunale Finanzen in Sachsen – Größtes Defizit in der bundesdeutschen Geschichte

Die sächsischen Kommunen haben 2024 mit 840 Millionen Euro das größte Defizit der bundesdeutschen Geschichte verbucht. Die Ursachen dieses Trendwechsels liegen in der hohen Inflation, der schwachen Konjunktur und steigenden Sozialausgaben. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigt die Bertelsmann Stiftung Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.

Gütersloh, 30. Juli 2025. Die Finanzlage der sächsischen Kommunen ist im vergangenen Jahr eingebrochen. Die Steuereinnahmen stagnieren infolge schwacher Konjunktur. Die wichtigsten Ausgabearten wie Personal, Sachaufwand oder Soziales wachsen ungebremst. Das sind einige Ergebnisse des neuen „Kommunalen Finanzreports 2025“ der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Ausblick für die kommenden Jahre ist pessimistisch. Die strukturellen Probleme zum Beispiel der Sozialausgaben sind ungelöst, die Inflation hat das Ausgabenniveau dauerhaft erhöht, die wirtschaftliche Entwicklung bleibt schwach. Brigitte Mohn, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, sagt: „Das Defizit des Jahres 2024 markiert eine Zeitenwende, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig infrage stellt. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Staatsreform, weil die Kommunen diese wichtigen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen können. Auch Bund und Länder müssen sich für eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Situation engagieren. Die Aufgaben für die Kommunen sind aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen zu aufwändig. Es braucht die eindeutige Finanzierungsverantwortung beim Bund.“

Ausgaben laufen davon

Eine Ursache für die schlechte Kassenlage ist die Entwicklung der Ausgaben, die in Sachsen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent zulegten. Die Personalausgaben haben sich binnen zehn Jahren um mehr als die Hälfte erhöht, was eine Folge des Stellenwachstums und hoher Tarifabschlüsse ist. Auch der laufende Sachaufwand stieg um ein Drittel allein in zwei Jahren. Davon betroffen sind zum Beispiel die Ausgaben für Dienstleistende, Büroausstattung oder die Bewirtschaftung der Gebäude. Auch die Sozialausgaben in Sachsen verzeichneten binnen zwei Jahren einen Sprung um ein Drittel auf nunmehr vier Milliarden Euro. Die Kommunen tragen ein großes Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind. „Die Kommunen brauchen daher eine höhere Kostenbeteiligung von Bund und Land“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Investitionen in Sachsen fallen zurück

Die Städte, Landkreise und Gemeinden sind verantwortlich für wichtige Infrastrukturen, die sowohl die Lebensqualität für Bürger:innen als auch die Standortqualität für Unternehmen definieren. Der Aus- und Umbau kommunaler Infrastrukturen ist auch für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels essenziell. Zwar verzeichneten die kommunalen Investitionen in Sachsen 2024 einen Rekord von 2,6 Milliarden Euro, allerdings wächst der Investitionsrück-

stand weiter und die Ausgaben werden durch hohe Inflationsraten der Baubranche überlagert. Über Jahrzehnte standen die sächsischen Kommunen bundesweit in der Spitzengruppe der Investitionen. Dies hat sich ab 2020 geändert. Die Investitionen in Sachsen fallen auf den Bundesdurchschnitt zurück. „Die Lage in Sachsen ist noch besser als in den Nachbarländern Thüringen und Sachsen-Anhalt. Aber der Freistaat hat seine über viele Jahre gegebene starke Position im Bereich der Investitionen verloren“, sagt René Geißler, Mitautor der Studie und Professor für öffentliche Verwaltung an der technischen Hochschule Wildau.

Steuern stagnieren infolge schwacher Konjunktur

Die lange Zeit hohe Wachstumsdynamik der kommunalen Steuern (von 2014 zu 2024 sind die kommunalen Steuereinnahmen bundesweit um 60 Prozent gestiegen) kam 2024 vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Lage zum Erliegen. Die Steuereinnahmen in Sachsen stagnierten, was preisbereinigt einen Verlust an Kaufkraft bedeutet, und ein besorgniserregendes Signal ist. Im regionalen Vergleich der Steuereinnahmen zeigen sich die langfristig bekannten Muster: An der Spitze stehen Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Am Ende finden sich die fünf ostdeutschen Bundesländer. Das Erzgebirge gehört zu den schwächsten Regionen Deutschlands überhaupt. Leuchttürme sind hingegen die Metropolen Leipzig und Dresden. „Besonders Leipzig hat bis 2024 eine fulminante Entwicklung genommen und in der Steuerkraft zum westdeutschen Mittelfeld aufgeschlossen“, sagt Geißler.

Kassenkredite bleiben in Sachsen gering

Die Kassenkredite, der „kommunale Dispo-Kredit“, sind primär die Folge von Haushaltsdefiziten und gelten seit jeher als zentraler Krisenindikator. Nach sieben Jahren des Abbaus steigen diese seit 2023 bundesweit wieder an. In Sachsen blieben sie auf geringem Niveau. Hier traten Kassenkredite seit jeher nur vereinzelt, zum Beispiel in den Kreisen Görlitz und Nordsachsen, auf. „Diese Lage ist kein Automatismus. Angesichts der tiefen Haushaltsprobleme einzelner Kommunen ist ein Anstieg der Kassenkredite absehbar“, erklärt Geißler.

Handlungsansätze zur Finanzierung der Transformation erforderlich

„Nicht nur hohe Defizite und ein bundesweiter Investitionsstau von 215 Milliarden Euro belasten die kommunalen Haushalte. Zusätzlich sind umfangreiche Investitionen in die Klimaanpassung der kommunalen Infrastruktur notwendig, um einen substanziellen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase zu leisten“, betont Witte. „Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken. Deswegen sind weitere langfristige Ansätze zur Finanzierung notwendig“, fordert Witte. Der neue Kommunale Finanzreport 2025 zeigt dazu die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze auf, wie beispielsweise ein gemeinsames Bund-Länder-Sondervermögen oder ein privat-öffentlicher Zukunfts- und Transformationsfonds. Darüber hinaus bleibt es unerlässlich, dass die dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch langfristige Strukturreformen behoben wird.

Zusatzinformationen:

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008 alle zwei Jahre. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.

Ansprechpartner:innen:

Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173-5239924

E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142

E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

